

18635 LA

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Pensionsfondsgesetzes, Gesetzesentwurf der Landesregierung . Drucksache 6/7411 +	
1.	bei natürlichen Personen
	Name Vorname
	bei juristischen Personen
Name Organisationsform	
Deutsche Bundesbank	
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer Wilhelm-Epstein-Straße 14
Postleitzahl, Ort 60431 Frankfurt a. M.	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
Die Aufgaben der Deutschen Bundesbank ergeben sich aus § 3 des Gesetz über die Deutsche Bundesbank (BBankG), der Rahmen für Geschäfte mit öffentlichen Verwaltungen aus § 20 in Verbindung mit § 19 BBankG. siehe Anlage +	

4.	<p>Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags</p> <p>1. Aufnahme von Sustainable Finance-Kriterien in den Anlagerichtlinien durch Vorgabe von Indizes oder Emittenten, die die von der jeweiligen Landesregierung gewünschten Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. 2. Hessen bildet bereits seit 2007 einen am Markt verfügbaren nachhaltigen Aktienindex ab. Berlin einen kundenindividuellen nachhaltigen Aktienindex seit 2017. Schleswig-Holstein gibt Liste mit nachhaltigen Renten-Emittenten vor. 3. Verweis auf Studien, die die Wertentwicklung nachhaltiger Anlagen untersucht haben.</p> <p>Neben der Beantwortung der an uns gerichteten Fragen nehmen wir Stellung zu § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs als unmittelbar betroffene Instanz. Die vorgeschlagene Zielgröße „realer Werterhalt“ ließe sich unter der in der Gesetzesbegründung getroffenen Annahme einer (zukünftigen) Inflationsrate von 2% als Vorgabe für die zukünftige Rendite des Sondervermögens oder zumindest für die erzielten Einstandsrenditen verstehen. Wir weisen darauf hin, dass die Bundesbank der Übernahme eines solchen konkreten Renditeziels in die Anlagerichtlinien nicht zustimmen wird, da die zukünftige Renditeentwicklung unsicher ist.</p>
5.	<p>nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative</p> <p>Anlass der Stellungnahme</p> <p>Über die an die Deutsche Bundesbank gerichteten Fragen hinausgehende Stellungnahme zu § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs als unmittelbar betroffene Instanz, da die Bundesbank auf Basis einer zwischen dem Land und der Bundesbank geschlossenen Verwaltungsvereinbarung mit entsprechenden Anlagerichtlinien bereits einen Teil des Vermögens des Thüringer Pensionsfonds verwaltet.</p> <p>Form der Stellungnahme</p> <p><input type="checkbox"/> schriftlich <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail</p>
6.	<p>nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers</p>
7.	<p>Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<p>Ort, Datum</p> <p>Frankfurt a.M., 26.8.2019</p>	<p>Unterschrift</p>
--	---------------------